

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschönfeld bestimzte Blatt

Besitzpreis mit illust. Beilage Völk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1.80 "R." Durch die Post bezogen 2.-Mt. ohne Belehrung. Telefon Samm...ammer 72206. Postkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72203

Abonnementpreise: Die Wochenzelle 10 Pf., bei Plakatvorrichtung 40 Pf.
Stellenangebote 10 Pf., Kolonialzelle 25 Pf. Familiennotizen von Privaten
die Wochenzelle mit 50% Nachlass. Reklamezelle 2 Mt. Unterlage v. ausw.,
die Wochenzelle 40 Pf., bei Plakatvorrichtung 50 Pf., Reklamezelle 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Auskünfte, diese Zweigställe und alle Postanstalten entgegen

320 Kriegsflugzeuge pro Jahr

Der Chef der russischen Luftflotte verhandelte persönlich mit den Geheimeleuten

Dokumente aus den Reichswehr-Akten

Von Franz Künster, M. d. R.

II.

Die deutschen Reichswehrfiziere und die russischen Offiziere der „Roten Armee“ am Verhandlungstisch! Eine Tatsache, die kein kommunistischer Lügenreigen abwaschen kann. Eine Tatsache, die allein genügt, um der Lüge von der „eigenen Arbeiterrégierung der Welt“ ein Ende zu machen. Das „bolschewistische Ausland“ sucht heute seine Bundesgenossen ebenso wie früher der Zar lediglich nach dem Interesse des russischen Imperialismus.

Bei den Verhandlungen, die dem endlichen Vertragschluss zwischen Sowjetrußland und Reichswehr vorausgingen, ist auch der Chef der russischen Luftflotte persönlich nach Berlin gekommen! Dabei lehnten die Russen jede Verkleinerung der Produktion von Heeresgeräten ab.

Die russischen Unterhändler drängten vielmehr darauf, daß die Rüstungseinrichtungen für die deutsche Reichswehr möglichst umfangreich gestaltet würden!

Die russischen Unterhändler wiesen darauf hin, daß es sich gar nicht so sehr um eine russische Produktionsstelle, als um eine solche des Reichswehrministeriums handele.

In den Reichswehrakten heißt es darüber:

„Erst viel später, nämlich im Juli 1922, gelegentlich der Anwesenheit des Chefs der russischen Luftflotte, Herrn Rosenholz, der von der russischen Regierung den Auftrag hatte, den Metall-Flugzeugfabrikations-Vertrag mit Junkers auf der bis dahin feststehenden Basis in Berlin zum Abschluß zu bringen, wurde auf Drängen von Junkers von der S.G. (Reichswehrministerium) die Orientierung über die vorläufige Verschiebung der finanziellen Lage vorgenommen, ohne jedoch zu diesem Zeitpunkt dadurch noch eine Verkleinerung der Basis vorzunehmen zu können, wenn nicht das ganze Projekt der deutsch-russischen Zusammenarbeit auf dem in Frage kommenden Gebiet überhaupt von den Russen fallengelassen werden sollte. Letzteres wurde im Anschluß an diese Orientierung vom Chef der russischen Luftflotte unzweideutig zum Ausdruck gebracht, als Junkers versuchte, zum mindesten die Frage des Motoranbaues vorläufig mit Rücksicht auf die Finanzlage ganz zurückzustellen. Der Chef der russischen Luftflotte brachte auch bei dieser Gelegenheit wieder, wie schon der frühere Verhandlungsführer, Herr Peterski, zum Ausdruck, daß die Grundlage der deutsch-russischen Zusammenarbeit nicht bei jeder Gelegenheit abgeändert werden könnte. Man habe in den letzten Jahren schon soviel hin und her verhandelt, und es sei von deutscher Seite so viel verprochen und so wenig gehalten worden, daß man von Russland nicht erwarten dürfe, daß es sich in einer so lebenswichtigen Angelegenheit, wie es das Flugwesen für das russische Heer darstelle, länger hinhalten könne.“

Herr Peterski hatte im übrigen immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich nicht nur um ein russisches, sondern in erster Linie um ein sehr hohes deutsches Interesse handle und daß hieraus von Deutschland die Konsequenzen gezogen werden mühten.“

Im Februar 1923 war der Vertrag endlich nach anderthalbjähriger Verhandlungsdauer fertig.

Dieser Vertrag mit der deutschen Reichswehr wurde ausdrücklich vom Rat der Volkskommunisten ratifiziert. Danach sollten 399 Kriegsflugzeuge jährlich produziert werden, von denen die Russen nur 20 Prozent = 80 Stück abnehmen wollten.

Die übrigen 320 Kriegsmaschinen waren also für die Reichswehr bestimmt.

In dem Zustandekommen dieser Verträge für die Rüstung der Reichswehr haben Sowjetvertreter Seite an Seite mit Reichswehrfizieren gearbeitet.

Über den Abschluß des Konzessionsvertrages mit Sowjetrußland heißt es in den Akten wörtlich:

„Die Verantwortung, die Junkers übernahm, als er dann später schließlich, gedrängt durch die S.G. (Reichswehrministerium) und gedrängt durch die Verhältnisse, den Vertrag unterschrieb, war eine grobe. Sie schien untragbar, weil die S.G. (Sondergruppe = Reichswehrministerium) über alle Verhandlungssachen, über jeden einzelnen Paragraphen des Vertrages laufend orientiert war.“

Bei dem weitauft größten Teile der Verhandlungen lag ein Vertreter der S.G. (sies Reichswehrministerium), zuerst Hauptmann von Niedermann oder Hauptmann a. D. Tschunko, später Hauptmann Fischer, mit am Verhandlungstisch.“

Das Geheimschreiben des Generals Seest

Infolge des offenkundig illokalen Verhaltens der Reichswehrinstanzen gegenüber der Firma Junkers ist es später zu einem schweren Konflikt gekommen. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen hat sich auch der General Seest in einem Geheimschreiben an den Prof. Junkers genau über die Arbeit der Reichswehr in Sowjetrußland ausgelassen. In dem mehr als 18 Seiten langen Schreiben des Generals Seest heißt es über die Vorgeschichte des Vertrages:

Chef der Heeresleitung, Nr. 404/24, geheim
Einschreiben!

Berlin, den 18. 8. 1924.

Schätz geckter Herr Professor!

Nach genauer Prüfung der von Ihnen in Ihrem Schreiben vom 22. 7. 24 vorgebrachten Klagen kann ich Ihrer Auffassung nicht beitreten . . . Das Waffenamt und das Truppenamt haben Ihnen schriftlich am 5. 5. 24 folgendes eröffnet:

Sie erhalten als Beihilfe einen Vertrag von 8 Goldmillionen einschließlich der bereits gezahlten 4 Goldmillionen, der Sie instande setzen soll, den Ihnen fehlenden Betrag von 12 Goldmillionen im Kreditwege aufzunehmen und mit dieser Gesamtsumme das Werk in Hilt vertragsmäßig auszubauen.“

Aber auch Ihre Ausführungen über die Vorgeschichte des Vertrages sind unzureichend und müssen hiermit endgültig Ihre Widerlegung finden . . . Herr General Hassé und General Wurzbacher haben Ihnen und Herrn Sachsenberg gegenüber diesen Standpunkt schon mehrfach mündlich zurückerklärt.

Ich sehe mich veranlaßt, nun auch meinerseits dazu Stellung zu nehmen und greife zum allgemeinen Verständnis auf die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der S.G. zurück.

Als im Winter 21/22 der Gedanke der Errichtung einer Flugzeugfabrik in Rußland erwogen wurde, haben Sie sich nach eingehenden Erforschungen an Ort und Stelle von der Möglichkeit überzeugt und haben sich zur Zusammenarbeit mit der S.G. (dies Sondergruppe = Reichswehrministerium) entschlossen.

Durch ein Misverständnis wurde sowohl bei Ihnen wie bei den Russen der Glaube erweckt, als würde die S.G. für diesen Zweck über sehr große Geldmittel (500 Millionen Papiermark) verfügen. Im März 22 wurden aber bei dem Abschluß eines Vertrages zwischen Ihnen und der S.G. — nicht wie Sie schreiben mit dem Waffenamt — alle Zweifel in dieser Hinsicht beseitigt. Es wurde klar festgelegt, daß 140 Millionen Papiermark zur Errichtung der Flugzeugfabrikation Ihnen zur Verfügung gestellt werden könnten, nicht mehr.

Mündlich wurde durch Herrn General Hassé noch ergänzt, daß mit weiteren Mitteln nicht zu rechnen wäre und daß deshalb irgendwelche weiteren Verpflichtungen von der S.G. nicht übernommen werden könnten. Wenn aber wieder Mittel zur Verfügung ständen, so würden Sie unter Umständen berücksichtigt werden . . .

Sie haben sich vielmehr auf der vorliegenden gelennzeichneten Basis zur Weiterarbeit bereit erklärt. Die Verhandlungen mit den Russen nahmen feste Formen an, und

als im Juni 23 Herr Rosenholz als Beauftragter der russischen Regierung hierher gekommen war, um über den Vertrag im einzelnen zu verhandeln, wurde auch er vom General Hassé verständigt, daß mehr als 140 Millionen Papiermark nicht zur Verfügung ständen . . .

Wenn Sie bei dem Abschluß des Vertrages nur politische und keine wirtschaftlichen Momente bewogen hätten, so hätten Sie sicher nicht so großen Wert darauf gelegt, daß gleichzeitig mit dem Bauvertrag auch der Luftverkehrs- und Vermehrungsvertrag unterschrieben wurden, und daß die Bindung der roten Luftflotte bezüglich einer höheren Bestellung auf Flugzeuge erreicht werden sollte.

Die Entwicklung der Dinge in Rußland hat gezeigt, daß nur die Zusammenfassung aller an einer Rüstung beteiligten Industrien den Staatsnotwendigkeiten allein Rechnung trägt. Nur auf breiter finanzieller Grundlage besteht überhaupt die Möglichkeit, einen Industriezweig in Rußland,

der für unsere Rüstung Nutzen haben soll

lebensfähig zu erhalten. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum von Ihnen, wenn Sie sich der Hoffnung hingeben würden, daß die S.G. in der Lage wäre oder beabsichtige, in einen wirtschaftlichen Vertrag immer weiter ungeheure Summen hineinzustudieren. Es läßt sich wohl nicht umgehen, die Arbeit in Rußland grundlegend zu ändern, und zwar ohne Verzug. Leider haben Sie sich schon den Vorbereitungen hierzu versagt. Ich vermag daher nicht zu erkennen, daß Sie den Staatsnotwendigkeiten Rechnung tragen. Rücksicht auf etwaige Konkurrenz und auf und für sich begreifliche Wunsch, das begonnene Werk allein unter Ihrem Namen fortzuführen zu wollen, dürfen bei dem, was auf dem Spiele steht, keine Rolle spielen . . .

Ich möchte nicht schließen, sehr verehrter Herr Professor, ohne noch einmal den festen Zuversicht und bestimmten Erwartung Ausdruck zu geben, daß Sie, wie bisher, mitarbeiten und auch neue Wege beschreiten, die Ihnen vielleicht nicht lieb sind, Sie zu beschreiten aber die Staatsnotwendigkeit erfordert.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener
gez.: v. Seest.

Dieses Geheimschreiben beweist unwiderleglich, daß der Chef der deutschen Heeresleitung, General v. Seest, von allen Vorgängen unterrichtet war. Seest war aufs genaueste informiert über die Tatsache, daß der Chef der russischen Luftflotte zum Zweck der Verhandlung persönlich nach Berlin kam, er wußte, was der ihm unterstellte General Hassé in den Verhandlungen mit dem Chef der russischen Luftflotte als Standpunkt des Reichswehrministeriums vertrat.

Dieses Geheimschreiben bestätigt also authentisch in vollem Umfange die von uns immer wieder behauptete und von den Kommunisten abgestrittenen Tatsache der brüderlichen Unterstützung der Reichswehr durch die Sowjetunion.

Ruhiger Verlauf in Wiener-Neustadt

Von 18 000 angekündigten Heimwehren waren nur 12 000 eingetroffen

Triumph der österreichischen Sozialdemokratie

SPD Wien, 8. Oktober. (Radio.)

Der Sonntag war sowohl in Wiener-Neustadt wie in Leoben ein großer Triumph für die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Der Aufmarsch der Heimwehr in Wiener-Neustadt, der mit so riesiger Kellame angelandet wurde, war im wesentlichen eine Blamage. Die Heimwehr hatte 18 000 Heimwehrleute angekündigt.

Es sind aber trotz riesiger Agitation höchstens 12 000 gekommen. Die Landesforscherin hatte am Sonnabend selbst zugestanden, daß nur 12 000 Heimwehrleute gekommen seien, die amtliche Nachrichtenstelle hatte aber überall von 18 000 berichtet.

Als die Extraausgabe der Arbeiterzeitung diese Meldung als eine Lügennachricht erklärte, redete sich die amtliche Nachrichtenstelle darauf hinaus, es seien 12 000 im Zug gegangen und 6 000 seien in der Stadt selbst gewesen.

Jedenfalls ist der Aufmarsch der Heimwehr in Wiener-Neustadt der vollständigen Gleichgültigkeit der Bevölkerung begegnet.

Heiligens sind mehrere der bestellten Heimwehrzüge wegen Mangels an Teilnehmern im Laufe der Nacht abgesetzt worden.

Die Abteilungen der Heimwehr marschierten in Biererchen mit großen Zwischenräumen, damit der Zug länger aussehen sollte, schwiegend und ohne Musik durch die Straßen. Der Zug bewegte sich zwischen ganz dünnen Spalieren, die hauptsächlich aus Kriminalbeamten und Journalisten bestanden. Die Straßen, durch die die Heimwehr zog, waren von rot-rot Fahnen eingeräumt.

In den Zügen der Heimwehr marschierten auch einige hundert monarchistische Frontkämpfer, sowie in großer Zahl klerikale Studenten und ehemalige Offiziere mit ihren habsburgischen Abzeichen.

Kurz nach 11 Uhr, und zwar noch früher, als man angenommen hatte, war der Zug der Heimwehr vorüber. Um 11'5 Uhr zeigte sich dann der Zug der Sozialdemokraten in Wien. Es wurde eröffnet von einem Aufgebot des Schutzbundes mit Stahl-

helmen. Dann folgten Fahnen, Sänger und Musikkapellen und eine riesige Menge von Arbeitern, unter ihnen besonders viele Frauen. Dann erst kam der Zug der uniformierten Schutzbündler. Um 11.45 Uhr hatte der Zug der sozialdemokratischen Arbeiter begonnen, und zwar der Arbeiter des Industriegebietes von Wiener-Neustadt. Dieser Zug dauerte bis 12.45 Uhr. Dann wurde auf dem Hauptplatz eine Versammlung der Arbeiter des Industriegebietes abgehalten. Darauf erfolgte der Aufmarsch der Arbeiter-Sportvereine, an der Spillen Motorradfahrer und Arbeiterfahrräder. Um 13.45 Uhr begann dann der Aufmarsch des uniformierten Schutzbundes, eine unüberlehbare Menge, die von dem Spillen der Arbeiterschaft stürmisch begrüßt wurde. Zuerst die Schutzbündler des Industriegebietes, um 14.30 Uhr kamen die Schutzbündler von Wien. Der Aufmarsch des Schutzbundes dauerte vollaue zwei Stunden. Auf dem Hauptplatz begann gegen 15.30 Uhr eine riesige Versammlung, an der genau 17 550 uniformierte Schutzbündler teilnahmen. In dieser Versammlung sprach Julius Deutsch, der erklärte, daß jeder Versuch, eine faschistische oder eine andere Diktatur aufzurichten, nur mit dem vollständigen Zusammenbruch enden könne, ferner einer von den drei Delegierten der belgischen Arbeiterpartei, der sagte, daß die belgischen Arbeiter das Beispiel des Republikanischen Schutzbundes nachahmen würden.

Um 16 Uhr war der letzte Heimwehrmann bereits am Bahnhof in Wiener-Neustadt verladen worden. Etwa um 17.30 Uhr, nachdem die Versammlung zu Ende war, begann der Schutzbund vom Hauptplatz seinen Abmarsch. Alle Musikkapellen spielten das Lied der Arbeit. Die Schutzbündler marschierten zum Teil direkt zum Hauptbahnhof, zum Teil in ihre Quartiere, wo sie auf die Fahrt ihrer Züge warteten. Im ganzen haben ungefähr 18 000 Schutzbündler und 30 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Viertel unter dem Wiener Wald und 10 000 Mitglieder der Versammlung an der Veranstaltung teilgenommen. Es ist kein einziger Zwischenfall zu verzeichnen, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß sich die Gendarmerie und auch das Militär nach dem Abzug der Heimwehr nicht sehen ließ.